

Saarbrücken, den 08.10.2021

## PRESSEMITTEILUNG

### **SSGT zu den Sondierungsgesprächen auf Bundesebene: Städte und Gemeinden erwarten Lösung der Altschuldenfrage und Stärkung der Investitionstätigkeit**

Vor Beginn der Sondierungsgespräche bzw. der Koalitionsgespräche auf Bundesebene erwarten die saarländischen Kommunen laut Aussage des Präsidenten des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, Bürgermeister Hermann Josef Schmidt sowie des stellvertretenden Präsidenten, Oberbürgermeister Jörg Aumann, von einer neuen Bundesregierung weitreichende Maßnahmen zur Stützung der kommunalen Ebene.

„Ohne leistungsfähige Städte und Gemeinden wird der notwendige Wandel unserer Gesellschaft beispielsweise im Hinblick auf die Digitalisierung, auf eine nachhaltige und moderne Mobilität oder auf den Klimaschutz nicht gelingen. Gerade die finanzschwachen saarländischen Kommunen benötigen für diesen Wandel die Hilfe des Bundes“, so Schmidt und Aumann.

Nach Auffassung der Verbandsführung des SSGT ist insbesondere die seit langem von den saarländischen Städten und Gemeinden geforderte **Lösung der Altschuldenfrage** eine der zentralen Fragen. „Das Saarland und die saarländischen Kommunen haben in der Vergangenheit beispielsweise mit dem Saarlandpakt erhebliche eigene Kraftanstrengungen zum Schuldenabbau unternommen. Dennoch belasten Kassenkredite in Höhe von mehr als 1 Milliarde Euro auch weiterhin die kommunalen Haushalte und behindern eine nachhaltige und positive Entwicklung der saarländischen Kommunen. Wenn dann in Zukunft auch noch die Europäische Zentralbank ihre Geldpolitik ändert und die Leitzinsen anziehen sollten, werden die dann entstehenden finanziellen Probleme für die Städte und Gemeinden kaum mehr lösbar sein. Das Problem der Altschulden muss daher jetzt angegangen werden“, betonen Schmidt und Aumann

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die **Stärkung der Investitionstätigkeit** der Kommunen. Der SSGT weist seit langem auf zu die geringen Investitionsmöglichkeiten der saarländischen Städte und Gemeinden hin, erklärt der Geschäftsführer des SSGT, Stefan Spaniol. „Wir liegen bei der kommunalen Investitionsquote pro Einwohner im bundesweiten Vergleich auf den letzten Platz. Dies macht sich leider z.B. an dem schlechten Zustand unserer Straßen, unserer Hallen, unserer Schulen oder unserer Bäder sehr deutlich bemerkbar. Wir benötigen daher auch vom Bund in den nächsten Jahren eine kommunale Investitionsoffensive, mit der sowohl die bestehende Infrastruktur erhalten als neue Inf-

rastrukturmaßnahmen realisiert werden können. Dies kann durch entsprechende Förderprogramme des Bundes erfolgen, denkbar wäre aber auch eine Erhöhung des Anteils der Städte und Gemeinden an dem Gesamtsteueraufkommen“, fordert Spaniol.

Die Kommunen im Saarland fordern zudem eine **strikte Beachtung des Konnexitäts-Gebotes**, so Spaniol. Sozialpolitische Maßnahmen, die der neue Bundestag oder die neue Bundesregierung auf Weg bringen wollen, müssen dann auch vom Bund vollständig finanziert werden. Diese Kosten dürfen nicht auf die Kommunen abgewälzt werden, unabhängig, ob es sich um neue Leistungen handelt oder bestehende Leistungen erweitert werden. Insbesondere gilt dies für die Finanzierung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder. In diesem Zusammenhang wäre in den Augen des SSGT eine Art „Kommunalcheck“ sinnvoll, bei dem zwingend schon bei der Erarbeitung der entsprechenden Vorschriften die kommunale Betroffenheit und hiervon abgeleitet notwendige finanzielle Maßnahmen geprüft werden müssen.

Ebenso bedeutsam wie die beiden oben erwähnten Punkte sind aber für den SSGT die nachfolgend aufgeführten Forderungen:

- Die Städte und Gemeinden wollen mehr **Klimaschutz**, um die Folgen des Klimawandels mildern zu können. Hierfür sind beispielsweise Investitionen in erneuerbare Energien oder in die energetische Gebäudesanierung notwendig. Vor dem Hintergrund der Ereignisse im Ahrtal muss zudem auch der Katastrophenschutz infolge des Klimawandels weiter ausgebaut und gestärkt werden. Klimaschutz ist Aufgabe aller staatlichen Ebenen. Es braucht hierfür einen geeigneten Rechtsrahmen und eine ausreichende Finanzierung.
- Der SSGT hat Bund und Land angesichts des derzeitigen tiefgehenden Wandels der Strukturen der Innenstädte bzw. der Ortskerne aufgefordert, ein Programm **„Lebendige Innenstädte“** aufzulegen. Die Sicherung der Zukunft der Innen- und Ortszentren ist nicht nur eine Aufgabe der Kommunen, sondern eine Gemeinschaftsaufgabe aller. Das Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ sollte daher fortgeführt und ausgebaut werden. Gleiches gilt für die Förderprogramme im Bereich Städtebauförderung.
- Zahlreiche Förderprozesse bzw. Förderprogramme leiden an zu hohen bürokratischen Hürden. Dies erschwert es für die Städte und Gemeinden in nicht unerheblicher Weise, Fördermittel zu beantragen und diese auch zu erhalten. Der SSGT fordert daher eine **Entbürokratisierung** dieser Prozesse. Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten müssen klar benannt und die Prozesse vereinfacht werden.

Abschließend appellieren Schmidt und Aumann an die neue Bundesregierung, auf die Forderungen der saarländischen Städte und Gemeinden einzugehen, da diese in ihren Augen entscheidende Schritte hin zu gleichwertigen Lebensverhältnisse auch im Saarland darstellen.